Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk — Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Bautzen und der Bürgermeister zu Bischofswerda und Neukirch (Lausitz) behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda und anderer Behörden.

Nr. 29 — Sonnabend, den 3. Februar 1940 — 95. Jahrgang

Keine Kriegsfinanzierung durch Geldentwertung

Grundsätzliche Ausführungen des Reichswirtschaftsministers

Berlin, 2. Februar. Der vom Präsidenten der Deutschen Reichsbank, Reichswirtschaftsminister Walther Funk, im Sommer vorigen Jahres berufene Beirat der Deutschen Reichsbank trat am Freitagvormittag im Kaisersaal der Reichsbank zu seiner ersten Vollsitzung zusammen.

Reichsminister Funk unterstrich in seinen einleitenden Worten die besondere Bedeutung der Arbeiten des Beirates der Deutschen Reichsbank. Die erste Vollsitzung des Beirates solle Gelegenheit geben, die Ergebnisse der Tagungen und Beratungen seiner einzelnen Ausschüsse festzustellen und daraus die für die Wirtschaftsführung und die praktische Arbeit sich ergebenden Nutzanwendungen zu ziehen.

Zwei Probleme im Vordergrund

Für die Reichsbank, als der für das Geld- und Währungswesen verantwortlichen Stelle, ständen — so erklärte Reichsminister Funk — heute 2 Probleme im Vordergrund: Das der Kriegsfinanzierung und des Außenhandels. Diese beiden Probleme stelle er in den Mittelpunkt der heutigen Erörterungen des Beirates. Auf beiden Gebieten habe die nationalsozialistische Staatsführung schon im Frieden neue Wege beschritten und Methoden entwickelt, um die deutsche Wirtschaft auch für den Kriegsfall vorbereitet und gerüstet zu finden.

Die Kriegsfinanzierung

Reichsminister Funk erörterte hierbei die in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten getroffenen Maßnahmen der Kriegsfinanzierung und der Lenkung des Außenhandels, mit deren Hilfe es gelungen ist, die erforderliche Umstellung zur Kriegswirtschaft schnell und reibungslos durchzuführen, die Wirtschaft und das Geldwesen vor Erschütterungen zu bewahren und für die Zukunft die Kriegsfinanzierung und den Rüstungsbedarf sicherzustellen. In diesem Zusammenhang wies der Minister darauf hin, daß das Problem der Kriegsfinanzierung nicht so sehr ein Geldproblem als vielmehr ein Problem der Güterversorgung sei. Es komme darauf an, zur Deckung der zusätzlichen Staatsausgaben im Kriege aus dem Volkseinkommen einen erheblichen Anteil dem zivilen Bedarf und der Ersatzinvestition zu entziehen und diesen Anteil der Produktion von kriegsnotwendigen Gütern zuzuführen. Durch die Maßnahmen der Rationierung aller lebensnotwendigen Güter, der Kontingentierung der Rohstoffe, der Lenkung des Arbeitseinsatzes, des Kredit- und Kapitalstromes und des Außenhandels von der kriegsunwichtigen Produktion auf die kriegswichtige Produktion und schließlich sogar durch Herstellungsverbote wird diese Umstellung in der Verwendung des Volkseinkommens erreicht. Die durch die Rationierung und durch diese starken Beschränkungen in der Herstellung und Verwendung von Konsumgütern freigesetzte Kaufkraft muß für die Kriegsfinanzierung methodisch eingefangen werden. Dies geschieht bei uns durch Steuern einerseits und durch Sparen anderseits, denn auch das Sparkapital wird der Kriegsfinanzierung nutzbar gemacht.

Gesunde Finanzgrundsätze

Die Kunst der Kriegsfinanzierung besteht nun darin, trotz starker Erhöhung der Steuern die Sparkraft des Volkes zu erhalten. Mit finanztechnischen Methoden kommt man diesen Problemen nicht bei. Wir lehnen es ab, den Krieg mit Preis- und Lohnsteigerungen, also mit einer offenen Geldabwertung, aber auch mit einer Kreditausweitung ohne gesicherte Produktionsausweitung und ohne Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft, also durch eine versteckte Geldentwertung zu finanzieren. Im Kriege ist es notwendiger denn je, den Leistungswillen und die Leistungen selbst auf allen Gebieten zu steigern. Hierauf hat auch die Steuerpolitik Rücksicht zu nehmen.

Insbesondere zielt Reichsminister Funk noch auf das Problem hin, das durch die beschleunigte Aufzehrung der Vorräte ohne die Möglichkeit alsbaldigen Ersatzes in steuerlicher Hinsicht entsteht. Würde man diese als Gewinne in den Bilanzen in Erscheinung tretenden Summen wegsteuern, so würde man Substanz wegsteuern. Unsere Wirtschaft braucht Reserven, um unter den schwierigen Kriegsverhältnissen durchhalten und die nach Kriegsende notwendig werdende Wiederauffüllung der Vorräte aus eigenen Mitteln oder mit Hilfe der Banken vornehmen zu können, weshalb auch gerade die Banken liquide gehalten werden müssen. Für die Kriegsfinanzierung komme es darauf an, die sogenannten „toten Kassen" in einer volkswirtschaftlich und finanzpolitisch richtigen Form für die Mehrausgaben des Staates lebendig zu machen. Aber auf jeden Fall sei eine Illiquidierung der Wirtschaft hierbei zu vermeiden.

Die beste Devise: Deutsche Qualitätsarbeit

Hinsichtlich des Außenhandels betonte Reichsminister Funk, daß heute die Rohstoffe in ganz Europa vor Gold und Devisen bevorzugt würden, daß aber die feinste Devise heute die deutsche Qualitätsarbeit sei. Diese Devise müssen wir allerdings zunächst dazu verwenden, um unsere Feinde mit dieser überlegenen Waffe zu besiegen. Nach siegreicher Beendigung des Krieges werde allerdings die deutsche Qualitätsarbeit in ganz anderer Weise als früher in der Lage sein, die Stellung der deutschen Wirtschaft in der Welt und die Wohlfahrt des deutschen Volkes zu sichern.

Vollkommene Uebereinstimmung in Belgrad

Erhaltung des Friedens auf dem Balkan

Belgrad, 2. Febr. (Eig. Funkm.) Die Nachmittagssitzung des Ständigen Rates des Balkanbundes, die wiederum im jugoslawischen Außenministerium stattfand, dauerte von 18 bis 20 Uhr. Wie von unterrichteter jugoslawischer Seite erklärt wird, „stellen die Außenminister ihre vollständige Uebereinstimmung in der zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan notwendigen Politik fest".

„Deutschland der natürliche Absatzmarkt für die Balkanländer"

Belgrad, 2. Febr. Die Wirtschaftskorrespondenz „Jugoslawischer Kurier" bemerkt zur Ratstagung der Balkanentente, daß die Erörterung wirtschaftlicher Fragen durch den Umstand bestimmt sei, daß alle Balkanländer eine vorwiegend landwirtschaftliche Struktur hätten und diese sich wohl auch in nächster Zeit nicht ändern würde. Es sei verständlich, daß die um den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse besorgten Balkanstaaten sich in erster Linie die natürlichen mitteleuropäischen und deutschen Märkte zu sichern gesucht hätten. Weder jetzt noch in Zukunft bestehe eine Aussicht auf eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Balkanländern nach Westeuropa, da sie dort stets von der amerikanischen Konkurrenz verdrängt würden. Außerdem seien die Exportinteressen der Balkanländer Westeuropas immer auf Unverständnis gestoßen.

England will den Balkan als Kriegsschauplatz

USA.-Informationen über eine mögliche Frühjahrsbalkanoffensive der Westmächte

Neuyork, 2. Febr. Die „Carnegie-Stiftung für Weltfrieden", welche bereits verschiedentlich seit Kriegsbeginn angeblich „vertrauliche Informationen" über die Kriegslage in Europa erhielt, will „New York Herald Tribune" zufolge erfahren haben, daß die Westmächte im nahen Osten 500 000 Mann bereit haben, um möglicherweise im Frühjahr eine Balkanoffensive gegen Deutschland anzusetzen.

Das Blatt, das mit seiner Veröffentlichung zugleich die lebhaften Bemühungen der Westmächte aufdeckt, neutrale Länder zum Schlachtfeld zu machen, schreibt dann u. a.: Wie der Vorsitzende der Carnegie-Stiftung und bekannte englandfreundliche Rektor Dr. Butler an der hiesigen Columbia-Universität mitteilte, soll diese Offensive Deutschland den Zugang zu den rumänischen Oelfeldern sperren und dadurch die türkische Offensive durch Armenien gegen die Bakufelder unterstützt werden. Falls beide Offensiven sich nördlich vom Schwarzen Meer träfen, konnte man Deutschlands neuen Brotkorb Ukraine abschneiden und Englands Seeblockade wirkungsvoll vervollständigen. Die Türkei sei zwar von einer Kriegsaktion gegen Rußland entbunden, werde aber vielleicht für Geld mitmachen. Die französischen Truppen ständen unter Befehl Weygands in Syrien und Smyrna, und die geringen Verluste der französischen Handelsflotte erklärten sich daraus, daß französische Schiffe zwecks Truppentransporten im Mittelmeer konzentriert werden.

Die möglichen Hintergründe dieser angeblichen Truppenkonzentrierung beleuchtet der Butler-Bericht wie folgt: „Wenn die Solidarität der Balkanländer auf der diesswöchigen Balkankonferenz überhaupt erreicht werden kann, dann nur durch Drohung der englisch-französischen Heeresmacht. Manche Kenner der Balkanverhältnisse glauben, daß diese Meldungen von einer Expedition der Westmächte ihren Zweck erreicht haben werden, wenn sie der anhaltenden Furcht vor einer deutschen und sowjetischen Invasion die Waage halten. Britische Munitionsagenten und Oelkäufer sollten dann den deutschen Konkurrenten mehr als gewachsen sein." (!)

Chamberlain antwortet mit Lügen

Nachdem auch in den neutralen Kreisen allgemein aufgefallen war, daß es die englische Regierung einfach nicht fertig bekam, auf die durchschlagenden Argumente, die schweren Anklagen und die schonungslosen Enthüllungen, die in der Rede des Führers gegen England zum Ausdruck gebracht worden waren, wirklich und prompt zu antworten, hat man jetzt in London, offensichtlich unter dem Eindruck, den diese jämmerliche Haltung Englands allenthalben hervorrief, die Regierungszeitung „Times" damit beauftragt, eine summarische Antwort zu veröffentlichen.

Es ist zunächst in London und in Paris die Weisung ausgegeben worden, die Rede des Führers als unerheblich abzutun. Es war dies die bequemste Methode, die eigenen Völker über das Material, das Adolf Hitler vortrug, hinwegzutäuschen. Die Rede hat aber außerhalb von England und Frankreich eine außerordentliche Wirkung gehabt. Es ergab sich die Tatsache, daß diese beiden kriegführenden Länder vor allen übrigen Staaten als betrogene Betrüger dastanden. Diese peinliche Wirkung ist nun den Lords in London auf die Nerven gefallen. Daher der „Times"-Artikel, mit dem sich das Kriegskabinett Chamberlain auf die billigste, freilich auch wieder auf eine besonders unverschämte Art dem moralischen Zwang entziehen möchte, dem Führer Rede und Antwort zu stehen.

Es besteht kein Zweifel, daß der „Times"-Artikel eine Antwort der englischen Regierung darstellt. Er ist somit ein Dokument, mit dem

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Japan contra England

Man hatte sich in der Weltpolitik seit langem daran gewöhnt, das Verhältnis Sowjetrußland—Japan für ewige Zeiten als ein feindliches anzusehen. Zuviel Spannungsmomente schienen zwischen diesen Völkern und ihren politischen Einflußgebieten zu bestehen, bis auf beiden Seiten die Vernunft und kluger politischer Verstand sich an die Arbeit machten, diese Spannungsmomente aus der Welt zu schaffen. Das ist in vielen Fragen bereits gelungen, und es steht fest, daß beide Völker an ihren sich berührenden Fronten eine wesentliche Entlastung verspüren. Damit aber tauchen neue politische Brennpunkte im fernöstlichen Raum und seinen Gewässern auf. In diesem Raum, in dem England die Interessen seines Imperiums und seiner Ausbeuterpolitik entscheidend zu verteidigen hat, trifft es auf Japan. Japan ist aus dem Mutterland heraus in zäher Zielrichtung von Position zu Position nach Süden in den britischen Bereich vorgestoßen, vor den sich als Deckung gegen diesen machtpolitischen Strom noch Französisch-Indochina legt.

Karte: „Bilder und Studien"

Der Atsama-Maru-Zwischenfall ist von dem Gesichtspunkt der großen Politik im Fernen Osten aus mehr als ein bloßer Zwischenfall, bei dem es um das Schicksal von 20 Deutschen geht. Er hat bewiesen, daß England sich der japanischen Stellung entgegenzustellen sucht, vorerst nur durch eine Provokation. Prognosen über den Weitergang der Dinge anzustellen, wäre verfehlt. Wir vermerken nur, daß eine sehr starke Reaktion im japanischen Volk gegen die britische Willkür entstanden ist, und diese Reaktion wird sich — in gedanklicher und propagandistischer Hinsicht zuerst — gegen den britischen Besitz und seine Stützpunkte auszuwirken beginnen.

Zum besseren Verständnis ziehen wir die hier stehende Karte zu Rate, die den englisch-japanischen Gegensatz in ihrem graphischen Ausdruck hervorzuheben bestrebt ist. Von Britisch-Indien her ist England nach Osten vorgedrungen und hat sich in dem bekannten strategischen Dreieck Singapore—Hongkong—Port Darwin eine — das muß zugegeben werden — unvergleichlich günstige Stellung geschaffen. Die Holländer ahnten nicht, was sie aus der Hand gaben, als sie dem wohldurchdachten Einfall eines britischen Gouverneurs nachgaben und die 740 Quadratkilometer große Insel Singapore an ihn verkauften. Sie ist heute zu einer der stärksten Festungen der Welt ausgebaut. „Die gepanzerte Faust Englands im Fernen Osten." Und Hongkong? Das hat England im Frieden von Nanking vor hundert Jahren sich von dem besiegten China noch auf alle anderen Rechte darauszahlen lassen, die es sich durch seinen Opiumkrieg auf diese echt britische Methode geraubt hatte. In den letzten Jahren ist auch Hongkong in fieberhafter Anstrengung zu einer konzentrierten militärischen Basis ausgebaut worden. Port Darwin schließlich, die Nordfestung des Dominioms Australien, wurde unter gleichen Voraussetzungen in das Verteidigungssystem des britischen Weltreichs eingesetzt.

Die japanischen Kräfteströme sind systematisch in dieses eingedrungen. Wir verfolgen an Hand der Karte die Expansion längs der chinesischen Südküste über Hainan in der französischen Indochina-Flanke bis zu den Spratley-Inseln, deren Besitznahme im Frühjahr 1939 die Ausdehnung nach Süden vorläufig abschloß.

Das weitere ist ein japanisches Projekt, dem allerdings Schwierigkeiten politischer und strategischer Natur entgegenstehen, so daß seine Lösung vorläufig abgeschlossen erscheint: Der Durchstich der Landenge von Kra. Auf der Karte ist das Projekt durch Pfeile angedeutet. Gelänge das Projekt, so wäre der Weg nach Ostasien dem durch Singapore intensivsten britischen Einfluß entzogen, der „britische Revolverlauf auf Japan" wäre gesenkt. Der geplante Kanal würde durch siamesisches Staatsge-